



Herrn
Landrat
Zeno Danner
Landratsamt Konstanz
Benediktinerplatz 1
D-78467 Konstanz

Konstanz 05.11.2020

Sehr geehrter Herr Landrat Danner,

die Kreisfraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN, SPD und Die Linke bitten den Antrag:

Erklärung der Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Lagern der griechischen Inseln sowie dem griechischen Festland

auf die Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung zu setzen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, SEINE BEREITSCHAFT zur Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen aus den Lagern der griechischen Inseln und dem Festland Griechenland über die bundesrechtlichen Verpflichtungen (Verteilungsschlüssel) hinaus ZU ERKLÄREN.
2. DIESE ERKLÄRUNG soll dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugestellt werden.

Begründung:

Die Situation der schutzsuchenden Flüchtlinge in Griechenland hat mit dem Brand im Flüchtlingslager Moria in der Nacht vom 08.09.2020 einen Zustand erreicht, der jegliche Menschenwürde mit Füßen tritt. Das Überleben von 13.000 Menschen im Flüchtlingslager Moria hängt nun von vielen langen Beratungen und Verhandlungen der EU- Länder ab. Eine europaweite und gerechte Verteilung ist bisher nicht in Sicht. Aus humanitären Gründen hat die Bundesrepublik sich zwischenzeitlich dazu bereiterklärt, 1.553 Flüchtlinge und 150 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Landkreis Konstanz hat sich mit dem Kreistagsbeschluss vom 09.12.2019 zum „Sicheren Hafen“ erklärt.

Aus unserer Perspektive ergibt sich daraus die Verpflichtung zur gewissenhaften Prüfung zusätzlicher Aufnahmekapazitäten. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19.10.2020 das Unterbringungskonzept für Flüchtlinge im Landkreis Konstanz einstimmig beschlossen. Im Rahmen des Abbaukonzepts ergeben sich Möglichkeiten einer zusätzlichen temporären

Aufnahme. Dies geht auch aus der beigefügten Anlage 2 „Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte“ hervor.

Einige Städte in Deutschland machen es mit ihrem Appell an die Bundeskanzlerin und an den Bundesinnenminister vor und signalisieren ihre Bereitschaft für die zusätzliche Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Griechenland und den griechischen Inseln (Anlage 1: Frankfurter Rundschau ePaper vom 20.10.2020).

Es liegt an uns allen, als Mensch, als Kommune und Landkreis, dort, wo Hilfe dringend geboten ist, ein humanitäres Zeichen zu setzen. Wir können Menschen aus der Schutz- und Rechtlosigkeit helfen und dürfen sie nicht mit unwürdigen Lebensbedingungen allein zurücklassen.

Freundliche Grüße



Zekine Özdemir

Bündnis90/Die GRÜNEN



Sibylle Röth

Sibylle Röth

Die Linke



Zahide Sarikas

SPD

Anlage 1

Kommunen pochen auf die Aufnahme Geflüchteter

Merkel berät mit Stadtoberhäuptern

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht am Dienstag per Videoschleife mit mehr als einem Dutzend BürgermeisterInnen und Bürgermeistern über die Möglichkeit der Aufnahme und Verteilung von Asylsuchenden aus Griechenland. Mitte September hatten sich die Stadtoberhäupter von zehn großen Kommunen – Bielefeld, Düsseldorf, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hannover, Köln, Krefeld, Oldenburg und Potsdam – in einem offenen Brief an die Kanzlerin und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gewandt. Darin erklärten sie sich bereit, Geflüchtete aus dem abgebrannten griechischen Lager Moria aufzunehmen.

„Lassen Sie uns den Menschen aus Moria die Würde zurückgeben, die ihnen anderswo genommen wurde“, hatten sie damals geschrieben. Der Hintergrund: Seehofer hatte sich geweigert, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, „auf eigene Rechnung“ Asylsuchende aufzunehmen. Asylverfahren liegen in der Regel in der Zuständigkeit des Bundes. Schließlich hatte sich die Bundesregierung grundsätzlich bereiterklärt, etwa 1500 Menschen aufzunehmen. Insgesamt hielten sich allein im Lager Moria aber fast 13 000 Menschen auf.

Die genaue Liste derjenigen, die an der Videokonferenz mit Merkel teilgenommen haben, sowie die Tagesordnung des virtuellen Treffens sind nicht öffentlich. Nach Informationen des Redaktionsnetzwerks Deutschland nehmen weit mehr als die Stadtoberhäupter der zehn genannten Städte teil. Auch die kommunalen Spitzenverbände wie der Deutsche Städtetag sind demnach vertreten. Eine öffentliche Erklärung nach der Konferenz ist nicht geplant.

„Angesichts des offenkundigen Stillstands der Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene wäre es ein wichtiges humanitäres Signal an die übrigen EU-Partner, wenn die Bundesregierung die Aufnahme weiterer Geflüchteter aus den griechischen Auffanglagern zusagen würde und diese Aufnahme auch schnell umsetzt“, sagte Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit Blick auf das Treffen. „Auch bei einer deutlich höheren Aufnahmebereitschaft der Bundesrepublik kann ich für Köln feststellen, dass es bei Anwendung der gültigen Verteilungsschlüssel zu keiner Überforderung kommt.“ Köln gehört wie unter anderem Berlin, Flensburg oder Marburg zum Bündnis „Städte Sichere Häfen“, das sich für das Recht der Kommunen einsetzt, selbst über die Aufnahme geflüchteter Menschen entscheiden zu können.

Quellenangabe: Frankfurter Rundschau ePaper vom 20.10.2020, Seite 3

Anlage 2 – Belegung GU

Anlage 1

Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte



Gemeinschaftsunterkunft	Kapazität IST	Belegung Anfang Monat (IST)	Zugänge in GU	Abgänge aus GU	Belegung Ende Monat (IST)	Auslastung Ende Monat %	Fehlbeleger			
							24 Monate	Anerkennung	Duldung	Fehlbelegung in %
Konstanz, Byk-Gulden-Str. 1	51	53	0	0	53	103,92	8	7	10	47,17
Konstanz, Steinstraße 20	136	114	4	6	112	82,35	17	7	26	44,64
Konstanz, Max-Stromeyer-Str. 120	57	56	4	3	57	100,00	11	1	10	38,60
Konstanz, Stromeyersdorfstr. 3a	90	71	1	0	72	80,00	10	11	17	52,78
Galenhofen, Auf der Breite 1	67	47	11	17	41	61,19	7	1	10	43,90
Radolfzell, Kasernestr. 60	202	137	11	25	123	60,89	22	9	27	47,15
Stockach, Zozweggerstr. 30	188	114	4	33	85	45,21	17	17	10	51,76
Engen, Am Bahnhof 4	84	63	0	0	63	75,00	3	12	2	26,98
Gällingen, Genterweg 3	25	18	2	0	20	80,00	0	0	2	10,00
Singen, Güterstraße 1	101	47	0	15	32	31,68	4	9	6	59,38
Singen, Worbilinger Straße 11-13	82	40	6	6	40	48,78	2	6	5	32,50
Kontingentsüchtlinge	19	14	0	0	14	73,68	0	14	0	100,00
Summe Kreis	1.102	774	43	105	712	64,61	101	94	125	44,94

Die erhöhten Auslastungen sind auf Grund der Anpassung des individuellen Wohnraums, der Familienzusammenführungen und Geburten zurückzuführen.

Stand: 31.08.2020